

Mit Querdenken hat das nichts mehr zu tun

Die Demonstration in Leipzig und ihre Folgen
Von Rainald Becker



ist ARD-Chefredakteur sowie ARD-Koordinator für Politik, Gesellschaft und Kultur in der ARD Programmdirektion in München. Zuvor war er von Januar 2009 bis Juni 2016 stellvertretender Studioleniter und stellvertretender Chefredakteur Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio.



Superspreader-Event für Lügen, Verschwörungserzählungen und Gewaltfantasien – Demonstration in Leipzig am 7. November 2020.

Ihr Demonstrierenden in Deutschland im Jahr 2020, ernsthaft?

Versuch über die Geschichtsvergessenheit in Zeiten von Corona | Von Andrea Löw

Diktatur, Faschismus, Josef Mengele, „Judensterne“, Anne Frank, „Wir sind das Volk“-Rufe: Seit Monaten gehen Menschen auf die Straßen deutscher Städte, um gegen die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung des Corona-Virus zu demonstrieren, und sie bedienen sich dabei derart unverhältnismäßig historischer Vergleiche, Begriffe, Personen und Symbole, dass man gar nicht weiß, wo man anfangen soll, dieser Geschichtsvergessenheit etwas entgegenzusetzen. Trotzdem: ein Versuch.

Immer wieder vergleichen Männer und Frauen auf diesen Demonstrationen die Maßnahmen der Regierung zum Schutz der Bevölkerung vor einem gefährlichen Virus mit den Terrormaßnahmen des Nazi-Regimes gegen die jüdische Bevölkerung. Sie heften sich gelbe Sterne an, auf denen „Nicht geimpft“ steht, tragen in Anlehnung an die Kennzeichnungspflicht für Juden Armbinden oder halten Schilder hoch, auf denen zu lesen ist: „Ich bin ein Covid-Jude“. So gesehen 2020 in verschiedenen deutschen Städten.

Seit September 1941 waren Juden im Deutschen Reich gezwungen, sich mit einem gelben Stern mit der Aufschrift „Jude“ zu kennzeichnen. Für zehn Pfennig war der Stern zu erwerben und auf der linken Brust anzuhängen. Der Romanist Victor Klemperer notiert in Dresden in sein Tagebuch, dies sei „Umwälzung und Katastrophe“, er werde das Haus von nun an nur noch „bei Dunkelheit auf ein paar Minuten verlassen“. Klemperer traut sich nicht mehr auf die Straße, gekennzeichnet mit diesem Stern und dadurch potenziell Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. In den folgenden Wochen, eingesperrt im „Judenhaus“, notiert er immer wieder seine Sorge vor einer möglichen Deportation „nach Osten“, ins Ungewisse, für die meisten, wie sich herausstellt: in den Tod.

Lucille Eichengreen, die damals noch Cecilie Landau hieß, lebte in Hamburg.

Die Asche ihres Vaters hatte die Familie Anfang 1941 in einer Zigarrenkiste von einem Gestapo-Beamten überreicht bekommen, so erinnert sie sich daran nach dem Krieg. Er war im Konzentrationslager Dachau gestorben. Über die Einführung der Kennzeichnungspflicht schreibt die damals 16-Jährige in ihren Erinnerungen: „Von jetzt an waren wir noch leichter als Opfer für Schläge, Verhöhnung und jede Art von Schikanen auf der Straße zu erkennen.“ Wenig später wird sie mit ihrer Mutter und ihrer Schwester ins Getto Litzmannstadt (Lodz) deportiert, diesen „Krepiwinkel Europas“, wie der ebenfalls dorthin verschleppte Wiener Schriftsteller Oskar Rosenfeld das Getto nennt. Dort stirbt im Folgejahr zunächst ihre Mutter völlig entkräftet, dann wird ihre Schwester im September 1942 gemeinsam mit fast 16.000 weiteren Kindern unter zehn und alten Menschen über 65 Jahren in die Vernichtungsstätte Kulmhof deportiert und dort vergast. Cecilie überlebt. Allein.

Ernsthaft, Ihr Demonstrierenden in Deutschland im Jahr 2020, damit vergleicht Ihr Euch?

Es gibt auf den Kundgebungen auch Schilder: „Anne Frank wäre bei uns. Nie wieder Diktatur!“ Anne Frank lebte zwei Jahre lang versteckt in einem Amsterdamer Hinterhaus, um dem Tod zu entgehen. Sie schreibt dort im September 1942, dem Monat, in dem die Schwes-

ter von Cecilie Landau weiter östlich im deutschen Machtbereich ermordet wird, in ihr Tagebuch: „Es beklemmt mich doch mehr, als ich sagen kann, dass wir niemals hinaus dürfen, und ich habe große Angst, dass wir entdeckt werden und dann erschossen werden.“ Anne Frank will Schriftstellerin werden, ihr Tagebuch zeigt, dass sie großes Talent dazu hat. Sie hat Träume und Wünsche für ihr Leben nach dem Versteck: „Ich werde in der Welt und für die Menschen arbeiten.“ Im Sommer 1944 schreibt sie hoffnungsvoll über die Landung der Alliierten in der Normandie. Dann wird ihr Versteck entdeckt, beide untergetauchten Familien werden noch im September 1944 nach Auschwitz deportiert. Von dort wird Anne ins Konzentrationslager Bergen-Belsen verschleppt, wo sie, vermutlich im Februar 1945, elendig stirbt und in einem Massengrab verscharrt wird.

Mit dieser Anne Frank und ihrem Schicksal versucht Ihr auf Euren Plakaten eine Verbindung herzustellen, Ihr Demonstrierenden in Deutschland im Jahr 2020?

Es gibt auf den Kundgebungen Plakate, auf denen zu lesen ist: „Impfen macht frei“, in Anlehnung an das berühmte Tor im Stammlager von Auschwitz, über dem steht: „Arbeit macht frei“. Der Virologe Christian Drosten, durch dessen Forschung und Empfehlungen uns die Erfahrungen beispielsweise von Italien und Spanien in diesem Frühjahr weitgehend erspart geblieben sind, wird auf einem Plakat gemeinsam dargestellt mit Josef Mengele. Mengele: Das ist der SS-Arzt, der für seine menschenverachtenden medizinischen Experimente in Auschwitz berüchtigt ist, die für die meisten Häftlinge mit dem Tod endeten. Mengele ist für viele Überlebende der Inbegriff des Grauens, für das Auschwitz-Birkenau steht, auch da er teilweise an der Rampe in Birkenau die Opfer selektierte und direkt in die Gaskammern schickte.

Diese Vergleiche sind geschmacklos, widerlich und – bestenfalls – ignorant. Sie verhöhnern die Opfer. Der Holocaust wird relativiert und verharmlost. Er wird auf eine unerträgliche Art und Weise benutzt und bagatellisiert und die Erinnerung an die Opfer des Massenmords missbraucht. Für Überlebende des Holocaust sind diese Vergleiche kaum zu ertragen.

Und nicht nur für die, und damit komme ich zum letzten Punkt. Ausgerechnet in Leipzig, ausgerechnet im November, marschierte kürzlich eine rücksichtslose Menschenmenge, mitten drin auch Rechtsradikale und Hooligans, die Journalisten angriffen, durch die Straßen und brüllte: „Wir sind das Volk!“ Dieser Versuch, sich in eine direkte Linie mit der Freiheitsbewegung von 1989 zu stellen und zu suggerieren, genauso mutig gegen die „Merkel-Diktatur“ (noch so ein Begriff!) aufzustehen, dieser Versuch ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die damals die Courage hatten, gegen das DDR-Regime auf die Straße zu gehen, mit sehr ungewissem Ausgang für jeden Einzelnen von ihnen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist weder eine faschistische noch eine kommunistische Diktatur, egal, wie oft dies auf den Demonstrationen behauptet wird, sondern eine freiheitliche Demokratie. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass diese Demonstrierenden sich eine Markierung wie den Stern anheften können, ohne befürchten zu müssen, auf der Straße angefeindet, angespuckt, geschlagen oder deportiert zu werden. Dies zeigt sich daran, dass all diese Menschen da draußen überhaupt zusammenkommen und ihre Meinung, egal wie krude diese ist, sagen dürfen, ohne am nächsten Morgen in einer Gefängniszelle oder – je nach Vergleich – Lagerbaracke aufzuwachen. Wer diesen Unterschied nicht sieht oder ihn wesentlich ignoriert, verharmlost die deutschen Diktaturen und verhört ihre zahllosen Opfer.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Wirsch

Neulich wurde digital ein Disput zwischen dem Soziologen Armin Nassehi und Robert Habeck, dem Ko-Vorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen, ausgetragen. Thema der gestreamten Veranstaltung: Was die „grüne Erzählung von Veränderung“ sei. Habecks Plädoyer: Die Grünen müssen „die Fixierung auf das eigene Milieu überwinden“. Sie müssten „strategische Allianzen“ bilden, in neue, christliche und liberale Wählerreservoirs eindringen – wie das auch dem Begriff „Bündnis“ in ihrem Parteinamen entspreche. Nassehi hingegen: Vor allem müssen die Grünen ihre „Regierungsfähigkeit“ beweisen. Habeck, für seine Verhältnisse, unwirsch: „Das haben wir schon getan.“ Womit er – ausweislich der Vergangenheit und Gegenwart der Partei – natürlich Recht hat. Jetzt aber gehe es ihm um den „Anspruch auf die Richtlinienkompetenz“. Nun ist Habeck von der Ausbildung her eher, wie das heute heißt, ein „Kulturschaffender“ als ein Verfassungsjurist. Seine Reden gleichen nicht selten einem Ausflug ins politische Feuilleton. Ansprüche aber wurden nicht verwuschelt. Habeck bezog sich nicht allgemein auf Gründungsziele der Grünen, sich etwa in Fragen der Kernenergie (Atomausstieg) oder der Frauenpolitik (Gender) durchsetzen und auf diese Weise Richtlinien der Politik bestimmen zu wollen. Womit sie das Land (und sich selbst) veränderten. Habecks Verlangen galt dem Grundgesetz: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik.“ Auch wenn seine Partei bei der Sonntagsfrage konstant auf Platz zwei liegt – hinter der Union und vor der SPD – ist das mutig. Ziemlich mutig.

Die Analyse des Grünen-Vorsitzenden, der Erfolg der Grünen gleiche einem Angriff auf die hergebrachte Parteienordnung, nach welcher sich Christ- und Sozialdemokraten an der Regierungsspitze abwechselten, ist angesichts der Umstände nicht abwegig. Nun aber stehe die Führungsfrage an, ist seine Devise. Noch jedoch weichen die Grünen der Frage aus, ob und vor allem wer als Kanzlerkandidat die „Führungsverantwortung“ repräsentieren soll: Habeck? Oder die Ko-Vorsitzende Annalena Baerbock, die sich erfolgreich in die entscheidenden Themen der Politik einarbeitet? Oder ein Dritter? „Nicht mit wem, sondern mit was erreichen wir die Richtlinienkompetenz der Macht“, warnen Altverbore der Partei. Der Volksmund hilft ihnen einstweilen nicht weiter. Einerseits: Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Andererseits: Übermut kommt vor dem Fall.



ist stellvertretende Leiterin des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München. Mit Frank Bajohr gab sie 2015 den Band „Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung“ (S. Fischer) heraus.

Aus gegebenem Anlass drucken wir Rainald Beckers Kommentar aus den ARD-Tagesthemen vom 9. November an dieser Stelle noch einmal ab.

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter